

Wider die antisemitische Querfront!

I. Präambel

Ein Beschluss, der politisch und wissenschaftlich fundiert hinsichtlich des Kampfes der israelischen Armee gegen die islamistische Terrororganisation „Harakat al-Muqawama al-Islamiyya“ (kurz: Hamas) uns zu einer neuen Einschätzung – beziehungsweise einer Korrektur der bestehenden – nach den aktuellen Ereignissen rund um die „Operation Protective Edge“ erzwingt, ist nicht Ziel dieser Zeilen. Vielmehr wollen wir die anlässlich jener Ereignisse sich aufwerfende Situation, wie sie derzeit in den europäischen Nationalstaaten beobachten lässt, thematisieren.

Auswirkungen der neuerlichen Angriffe im Rahmen Nahostkonflikts waren hier vor Ort zweifelsfrei spür- und erkennbar. Unter dem Deckmantel vorgegeblicher Friedensdemonstrationen, die ein freies und autonom regiertes Palästina fordern, haben Gruppen und Parteijugenden, welche sich selbst fortschrittlich, emanzipiert und links nennen, antisemitischem Gedankengut den Raum geboten, sich frei und scheinbar legitimiert zu entfalten. Zusätzlich ist auf jenen Kundgebungen eine Kritik an der Hamas, wenn sie denn überhaupt vorhanden war, weit in den Hintergrund gerückt. Die Tatsache, dass die Hamas im Gazastreifen, seitdem sie 2007 die Regierung der Nationalen Einheit mit der gemäßigten, unserem Verband nahestehenden Fatah für beendet erklärt hat, in einem klerikal-totalitären System die Bevölkerung für ihre Zwecke missbraucht und benutzt, zeigt uns klar auf, dass wir uns gegen diese Form der Politik in Theorie und Praxis zu richten haben.

Zu leugnen, dass im Gazastreifen unter dem Hamas-Regime Oppositionelle verfolgt, Homosexuelle getötet und Frauen unterdrückt werden, wäre nicht nur eine indirekte Legitimation dieses Treibens, sondern zugleich auch ein passives Unterstützen israelfeindlichen und antisemitischen Handelns. Die Tatsache, dass in Deutschland wieder Synagogen von der Staatsgewalt mit dem Einsatz von zum Teil schwerer Bewaffnung geschützt werden müssen, ist – insbesondere im Hinblick auf die abscheulichen Verbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges, der seinen Ursprung auch in Deutschland gefunden hat – für uns an Abartigkeit nicht zu übertreffen. Dass dieser Schutz leider notwendig ist, wurde uns durch verschiedene Angriffe auf die jüdischen Gotteshäuser gelehrt. Wir distanzieren uns an dieser Stelle, im Kontext aller bestehenden Beschlusslagen, ausdrücklich von jeder illegitimen Gewalt und solidarisieren uns mit allen Opfern, die unter illegitimer Gewalt leiden müssen. Wir wollen, dass Jüd*innen auf der ganzen Welt nie wieder unter Angst und Gewalt leiden müssen.

Nicht das Individuum, welches über einen hohen Lebensstandard verfügt, betrachten wir als Feind, sondern kritisieren, dass nicht alle Menschen auf dieser Welt, obwohl die finanziellen und humanitären Ressourcen verfügbar wären, diesen Standard teilen können. Hierbei handelt es sich zweifelsfrei um eine Systemfrage. Die Schuld bei einzelnen Akteuren in diesem System zu suchen, scheint im ersten Moment einfach; dass hierbei ein Denkmuster wie schon bei den Nationalsozialist*innen, die die Schuld an den sozialen Folgen eines wirtschaftlichen Kollapses einzig bei den Jüd*innen suchten, angewandt wird, ist für uns hierbei offensichtlich. Die Frage, warum jene Menschen, die gegen das Treiben von Israel auf die Straßen gehen und ein freies

Palästina fordern, nun, da die Gräueltaten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ kaum noch zu leugnen sind, zu keinen Kundgebungen aufrufen, ist für uns nur damit zu erklären, dass eben diese stark verkürzte Kritik und der damit verbundene Antisemitismus das Hauptmotiv für jene Aktivist*innen ist.

II. Don't blame the players, blame the system

Die Dimension des Konfliktes, die sich vor allem in Deutschland in Teilen der selbsternannten politischen, parteilichen und gesellschaftlichen Linken aufzeigt, und das Auftreten einer verkürzten, tendenziell stark reaktionären Kapitalismuskritik, die zum Resultat einer in unseren Augen seit den frühen siebziger Jahren längst überholten Imperialismus-Debatte kommt und den Staat Israel als führenden Akteur im diesem System sieht, lässt uns an dem Verständnis unserer augenscheinlichen politischen Partner*innen stark zweifeln. Die Frage, ob ein*e einzelne*r Akteur*in im kapitalistischen System, abgesehen von individueller moralischer Verantwortung gegenüber sich selbst und Seinesgleichen, Schuld an den großen sozialen und gesellschaftlichen Disparitäten der heutigen Zeit ist, vermag für manche Menschen im politisch und gesellschaftlich linken Lager mit einer einfachen Bejahung schnell zu beantworten sein. Die reaktionäre Tendenz einer plumpen Antwort ist dabei in unseren Augen kaum zu leugnen. Israel agiert, ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der Spielregeln unter den Industriestaaten dieser Welt, im kapitalistischen System. Dass dieses System mit all seinen vielen Schattenseiten zu kritisieren ist, ist eine der Prämissen des aufgeklärten, progressiven Menschen. Dass diese Kritik, wie die der Linkspartei in NRW, ihrer Jugendorganisation Solid (Ruhr) oder eines agitierenden Pro-Palästina-Aktivisten, dessen Statement am Offenen Mikrofon der regelmäßig im Verfassungsschutzbericht auftauchenden MLPD (beziehungsweise deren Tarnorganisation AUF) in den Sozialen Netzwerken für Aufsehen sorgt, viel zu kurz gerät und mit den Grundsätzen einer linken, toleranten und Offenen Gesellschaft nicht vereinbar ist, vermag an dieser Stelle für uns nicht zur Diskussion zu stehen. In unserer progressiven Weltanschauung sehen wir die sozialen Probleme unserer Gesellschaft nicht durch Einzelne, sondern durch das System des Kapitalismus verursacht. Der Antisemitismus ist eine verkürzte Kritik dieser Verhältnisse, die die Widrigkeiten des Kapitalismus bei einzelnen und nicht im System selber sucht – damit erfüllt der Antisemitismus aber selbst wiederum eine wichtige Rolle im Kapitalismus.

III. Funktion des Antisemitismus im Kapitalismus

Der Antisemitismus ist ein Phänomen, das sich als solches erst seit der Neuzeit beobachten lässt, und nur so verstanden, kann er adäquat begriffen werden. Der Antisemitismus als neuzeitliches Phänomen ist zu unterscheiden vom vorneuzeitlichen Antijudaismus. Pogrome gegen Jüd*innen, die aus antijudaistischen Motiven begründet wurden, lassen sich schon früh beobachten und fanden im Mittelalter in Europa einen unrühmlichen Höhepunkt. Was antijudaistischen Hass gegen Jüd*innen und daraus abgeleitete Gewalt gegen dieselben auszeichnet, ist die hauptsächliche Ausrichtung gegen die jüdische Religion. Dem antijudaistischen Hass konnten Jüd*innen, waren

sie denn dazu bereit, entgegen, indem sie ihre Religion verließen, d. h. sich taufen ließen und (pro forma) zum Christentum konvertierten. Mit dem Umbruch zur Neuzeit entwickelte sich der Hass auf Jüd*innen derart, dass zum religiös motivierten antijüdischen Ressentiment zunehmend rassistisch motivierte traten. Ausgang nehmend in Spanien zur Zeit der Reconquista verbreiteten sich die rassistisch unterfütterten antijüdischen Ressentiments in Europa. Anders als vor dem religiös motivierten Hass konnten Jüd*innen dem rassistisch motivierten nicht durch Konvertierung entkommen. Zeitgleich mit diesem fortwährenden Umbruch in der Begründung antijüdischer Ressentiments nahm auch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung eine Wende vor.

Der Beginn der Neuzeit darf bezeichnet werden als die Epoche, in welcher jene sozioökonomischen Strukturen, die im Kapitalismus vollends sich ausgebildet vorfinden, ihre Entwicklung nahmen und zum vorherrschenden Moment der Gesellschaft sich entwickelten. Was im Mittelalter noch unausgebildet, in Grundzügen als untergeordnetes Moment der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen existierte – merkantilistische Handelsorganisationen, Fernhandel etc. – wuchs sich mit dem Umbruch der Zeiten mehr und mehr aus und nahm seine spätere Gestalt an, während die ihm verbundenen gesellschaftlichen Akteur*innen zugleich mit den das Bestehende verteidigenden Kräften um die Vormachtstellung zu kämpfen hatten. Der Merkantilismus des ausgehenden Mittelalters befand sich im Begriff, die Fesseln seiner gesellschaftlichen Hülle zu sprengen, um seine Produktivkräfte zur vollen Entfaltung zu bringen. Das mittelalterliche System des Feudalismus wurde beständig untergraben durch die vonstatten gehende gesellschaftliche Entwicklung, die Feudalherren verloren – bei allen Unterschieden, die es im konkreten Ablauf in den unterschiedlichen Ländern Europas gegeben hat, ist dies eine allgemein zu konstatierende Beobachtung – an Einfluss, während zugleich die Macht des neu entstandenen Geldadels zunahm. Zugleich setzte ein gesellschaftlicher Fortschritt ein: Bürgerrechte, neue Waren, moderne Technologien und eine Erhöhung des Lebensstandards, die allerdings einhergingen mit zunehmender Verarmung der nun arbeits- und einkommenslos gewordenen Gesellschaftsschichten und einem Auseinanderklaffen der Einkommensverteilung.

Die Jüd*innen, die traditionell mit Geld in Verbindung gebracht wurden – das kommend aus dem Zinsverbot für Christ*innen im Mittelalter – waren eine vorzügliche Projektionsfläche für das fortschrittsfeindliche Volksempfinden, das dumpf ahnte, dass die Fortschritte, deren negative Auswirkungen es beklagte, durch die Vermögenden betrieben wurden. Die abstrakt als feindlich und destruktiv empfundenen gesellschaftlichen Vorgänge, die Erosion des Bestehenden und die Verschiebung der materiellen und kulturellen Verhältnisse, wurden, weil sie als abstrakte, unpersönliche Prozesse unbegreiflich blieben, auf die Jüd*innen projiziert und darin zugleich konkretisiert und als nun personalisierte be- und angreifbar gemacht. Diese Verknüpfung der Jüd*innen mit dem Gelde einmal gezogen, wurden nun auch andere Phänomene der gesellschaftlichen Umbrüche – als „Kulturverfall“ bezeichneter kultureller Wandel, die Internationalisierung der Politik und des Warenverkehrs und die Verschiebung der Machtverhältnisse – den Jüd*innen zugeschrieben und ihr Wirken als Ursache hinter den Geschehnissen ausgemacht. In der weiteren Entwicklung lassen sich weitere Verschiebungen in den zugeschriebenen Eigenschaften und Absichten der Jüd*innen feststellen sowie neue Begründungsmuster für diese. Insbesondere herauszuheben ist hier die stete Verlagerung vom

Verständnis der Jüd*innen als „andere“ aufgrund ihrer Religion und damit dem Gegensatz Christentum vs. Judentum hin zu einer rassistisch motivierten Abgrenzung, derzufolge die Jüd*innen zur „Nichtrasse“ deklariert wurden und damit außerhalb des Gefüges der miteinander im stetigen Kampfe verstandenen „Rassen“ Europas gestellt wurden – ab dem Moment, in welchem die Jüd*innen nicht nur als andere, sondern als das schlechthin Andere, als außerhalb des Gefüges der Gesellschaften stehend verstanden werden, ist von Antisemitismus zu sprechen. Bei allen Verschiebungen, die sich beobachten lassen, bleibt jedoch festzuhalten, dass die Ab- und Ausgrenzung der Jüd*innen seit der Neuzeit dazu diente, ihnen zuzuschreiben, was am gesellschaftlichen Fortschritt als negativ empfunden wurde.

Mit dem endgültigen Durchbruch der kapitalistischen Produktionszusammenhänge und den diesen korrespondierenden gesellschaftlichen Verhältnissen – sichtbar geworden und zugleich sich manifestiert bspw. in der Französischen Revolution – bedurfte es einer neuen gesellschaftlichen Ideologie. Die Rolle, die die hauptsächlich durch das Christentum bestimmte feudalistische Ideologie im Mittelalter spielte, hatte neu ausgefüllt zu werden. Ein erste ideologischer Umbruch ist in der Reformation und der Abkehr vom Katholizismus zu erblicken, welche einen Prozess in Gang setzten, in dessen Verlauf eine gänzlich neue Ideologie sich ausbildete, die dem Kapitalismus eignet. Das Individuum im Feudalismus sah sich nicht als für die herrschenden Verhältnisse verantwortlich, sondern verstand diese als durch Gott vorgegeben – dadurch behielt es seine Vorstellung von sich selbst als zwar in Unterdrückung lebend, in dieser aber als frei-verantwortlicher Mensch handelnd. Nur so konnte sich das Individuum als Subjekt verstehen; hätte es die herrschenden Verhältnisse als menschengemacht erkannt, so hätte es zugleich sich als diese reproduzierend begreifen müssen und damit nur in der Revolution und dem Kampf gegen die Feudalherr*innen einen Ausweg aus der Unterdrückung erkennen können. Dergestalt – d. h. durch besagte Ideologie – aus der Verantwortung für die Verhältnisse genommen, konnte das Individuum mit diesen sich arrangieren und in ihnen trotz Unterdrückung und Ausbeutung sich als frei begreifen. Eben diese Funktion hat eine jede Ideologie zu erfüllen, die Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten zum Zwecke hat – so auch die Ideologie einer kapitalistischen Gesellschaft.

Die Verhältnisse im Kapitalismus sind entpersonalisiert – Herrschaft im Kapitalismus ist keine unmittelbar-persönliche, sondern eine über Verträge vermittelte. Nichtsdestoweniger bleiben die Verhältnisse menschengemachte und daher auch durch Menschen begreifbar. Das Individuum, will es sich als frei begreifen, ist dazu angehalten, sich nicht als Urheber der herrschenden Verhältnisse zu begreifen, ergo diese nicht als menschengemachte. Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus sind als von außerhalb kommend zu verstehen, als Irregularitäten, welche durch externe Einflüsse in die Gesellschaft gelangen. Die gesellschaftliche Gruppe, welchem jener Einfluss zugeschrieben wird und die als Ursache für benannte negative Auswirkungen des Kapitalismus verstanden wurde, sind die Jüd*innen. Die Jüd*innen wurden bereits seit dem Mittelalter mit Raffgier und Ausbeutung in Verbindung gebracht, insofern waren sie vorzüglich geeignet, dem schon bestehenden Ressentiment die erwähnten Zuschreibungen hinzuzufügen. Dazu kam, dass die Jüd*innen bereits als das schlechthin Andere und damit als außerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge stehend begriffen wurden. Auf die

Jüd*innen wurde somit projiziert, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als grundlegendes Übel empfunden wurde. Dadurch konnte einerseits das Individuum sich als unterdrückt und ausgebeutet erkennen und diese Zustände als ungerecht empfinden, andererseits aber der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang als sakrosankt empfunden werden – kam doch, was an Übeln existierte, nicht aus der sozioökonomischen Ordnung selbst, sondern wurde ihr von außen zugefügt. Das Individuum war in der Lage, sich trotz Ausbeutung als frei zu empfinden, als ungerecht behandelt, zugleich aber als Nicht-Urheber*in dieser Lage und damit weiterhin als Subjekt. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge blieben im Ganzen unangetastet, während das Individuum frei blieb. Diese Funktion erfüllt die kapitalistische Ideologie und der Antisemitismus als Teil von ihr bis heute.

Was den Antisemitismus – und hierin gleicht er dem Antiziganismus – von anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterscheidet, ist die Absolutheit der Ablehnung. Während im Rassismus die als anders empfundenen Menschengruppen als Feinde deklariert und bekämpft werden, wird ihnen ein Anrecht auf den ihnen zustehenden Lebensraum gewährt – jeder „Rasse“ ihr „Lebensraum“ zugesprochen, in welchem zu existieren sie berechtigt ist und aus welchem sich eine „natürliche“ Ordnung ergibt, in welcher die „Rassen“ als einander über- und untergeordnete miteinander um Vorherrschaft ringen. Trotz aller Ablehnung und allen Hasses wird einer jeden „Rasse“ das Recht zur Existenz zugesprochen – im Zweifel als Untermenschen, die einer anderen Rasse zu dienen hat. Hiervon unterscheidet sich das gegen Jüd*innen und die im Antiziganismus als „Zigeuner“ diffamierte gesellschaftliche Gruppen: sie haben keine Existenzberechtigung, sie stehen als schlechthin Andere außerhalb des gesamtgesellschaftlichen Gefüges. Nur, indem diese als solche verstanden wurden, konnte der gegen sie gerichtete Hass derlei Ausmaße annehmen, wie es im Nationalsozialismus der Fall war. Nur, indem sie als außer der Gemeinschaft der Menschen Stehende empfunden wurden, konnte sich der Hass in einen Vernichtungstrieb verwandeln und zum Versuch der totalen Vernichtung führen. In der Ideologie des Antisemitismus bedarf es nicht bloß der Vertreibung der Jüd*innen, denn als „Volk ohne Raum“ besitzen sie in der antisemitischen Ideologie keinen ihnen zugeschriebenen Platz in der Welt, wie er anderen „Rassen“ zugeschrieben wird, sondern fallen immer aus der Welt. Die einzige Möglichkeit für Antisemit*innen zur Beendigung des Antisemitismus ist es, die Jüd*innen zu vernichten. Es ist aus diesem Zusammenhang erklärlich, dass auch moderne Antisemit*innen weiterhin trotz vielfacher Distanzierung an anderer Stelle auf die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus positiv sich zu beziehen.

IV. Entwicklung des Antisemitismus in der BRD

Die Entwicklung des Antisemitismus in der Bundesrepublik hat nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus eine beispiellose Entwicklung genommen, die bloß unter Berücksichtigung der vorhergehenden Geschehnisse erklärlich wird.

In der Bundesrepublik kann man trotz „Entnazifizierung“ nicht ernstes Mutes davon sprechen, dass es eine solche tatsächlich gegeben habe. Nicht wesentlich anders sieht es in der DDR aus. Auch dort haben Antisemit*innen, gleich wie in West, nicht zu existieren aufgehört mit dem Ende des

staatlich geförderten Antisemitismus im NS. Stattdessen verdrängten diejenigen, die noch im NS ihrem Antisemitismus öffentlich frönen durften oder kurz danach geboren wurden (die 1. Nachkriegsgeneration) ihre antisemitischen Einstellungen. Sie unterdrückten sie und verboten sich im Privaten sowie im Öffentlichen diese zu äußern. Eben diesen Umstand nahm die ihnen nachfolgende Generation (die 2. Nachkriegsgeneration) zum Anlass, das Verschweigen ihrer Eltern zu kritisieren und eine Thematisierung des Antisemitismus in Deutschland zu fordern. Die 2. Nachkriegsgeneration der 68er verstand sich als antifaschistisch und wandte sich damit eindeutig gegen den unausgesprochenen Antisemitismus ihrer Eltern – war jedoch zugleich, betrachtet man die Generation im Ganzen, kaum weniger antisemitisch als die ihnen vorhergehende Generation. Die Ablehnung von Antisemitismus auf der einen Seite und das gleichzeitige Vorhandensein antisemitischer Einstellungen auf der anderen führten dazu, dass die 2. Nachkriegsgeneration ihren Antisemitismus zu verstecken hatte, aber nicht unterdrücken konnte; sie projizierten ihn daher auf das als Staat der Jüd*innen gegründete und als „Jude unter den Staaten“ gehasste Israel. Es sollte für lange Zeit bei dabei bleiben: Studien stellten mit Regelmäßigkeit das Vorhandensein antisemitischer Einstellungen in Deutschland fest, und doch – es gab in Deutschland keine Antisemit*innen in Deutschland. Das Tabu des Antisemitismus führte dazu, dass die Eigenbeschreibung als Antisemit*in oder die Feindschaft gegen Jüd*innen nicht öffentlich geäußert werden konnte, trotzdem das antisemitische Ressentiment weit verbreitet war: ein Antisemitismus ohne Antisemit*innen. Erst in der nachfolgenden Generation (die 3. Nachkriegsgeneration), welche nicht mehr aus dem Krieg kam und deren Eltern nicht während des NS gelebt hatten, wandelte sich der Antisemitismus in einer markanten Art und Weise. In der Generation, die nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten, welcher Deutschland erneut vereinte, einem neuen Nationaltaumel anheimfielen und sich von der Geschichte des NS „befreit“ erklärte, war und ist es wieder möglich, einen Antisemitismus öffentlich zu äußern, der sich nicht nur auf Israel bezieht, sondern wieder die Jüd*innen zum erklärten Feinde macht – wenn auch heute noch die Selbstbezeichnung als Antisemit*in auf Ablehnung stößt.

Bemerkenswert ist dabei, dass der in Personengruppen mit Migrationsgeschichte auftretende Antisemitismus häufig (und auch öffentlich) als solcher benannt wird, während der in der Mehrheitsgesellschaft der Bio-Kartoffeln existente Antisemitismus marginalisiert oder schlichtweg ignoriert wird. Dass diese kategoriale Unterscheidung abstrus ist, liegt mehr als offen zutage. Offensichtlich liegt bei Personen mit Migrationsgeschichte der oben beschriebene kulturelle Prozess, welchen der Antisemitismus in den deutschen Staaten durchschritten hat, in dieser Form nicht vor. Das öffentliche Tabu aber war stets begreiflich, und mit dessen allmählichem Verschwinden nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten konnte der Antisemitismus in sämtlichen Gesellschaftsschichten – mit oder ohne Migrationsgeschichte – eine neue Ausdrucksform erfahren.

V. Das seltsame Verhältnis der deutschen Linken zu Israel und den Jüd*innen

Es bedurfte nicht erst der jüngsten Demonstrationen gegen Israel, um die Antisemit*innen der unterschiedlichsten Parteien und Organisationen auf den Plan zu rufen und gemeinsam auf

deutschen Straßen gegen den „Juden unter den Staaten“ aufzumarschieren. Seit jeher war es der gemeinsame Feind des Juden, durch den die Deutschen ihre Parteien vergaßen und sich vereinten im Kampf gegen die vermeinte jüdische Weltverschwörung. Dass Neonazis und Reaktionäre in ihren Reihen zahllose Antisemit*innen zählen, ist eine altbekannte Tatsache und kaum noch der Erwähnung wert. Vergleichsweise neu und noch keinesfalls in der gesamten bundesdeutschen Linken angelangt aber ist die Erkenntnis, dass auch sie in ihren Reihen Antisemit*innen in großen Mengen aufweist. Trotz eindeutigen antisemitischen Äußerungen seitens Vertreter*innen der Linkspartei weigert diese sich, Antisemitismus in ihren Reihen anzuerkennen und auch das unverklemmte Verschränken von Hakenkreuz und Davidstern war nicht Grund genug, Antisemitismus in der eigenen Partei als ein grassierendes Problem anzuerkennen. Auch auf den jüngsten Demonstrationen anlässlich der *Operation Protective Edge* durch die IDF versammelten sich auf von der Linksjugend [solid] ausgerichteten Versammlungen zahlreiche, zum Teil gewaltbereite Antisemit*innen. Die Linksjugend wies jedwede Verantwortung ihrerseits dafür zurück und beteuerte, Antisemitismus jederzeit abzulehnen und zu verurteilen.

Aber kann die Linksjugend wirklich nichts dafür, dass ihre Kundgebungen Antisemit*innen jeder Couleur als Ort dient, um eine antisemitische Querfront von Rechts bis Links zu bilden? Ein Großteil der deutschen Linken pflegt schon lange eine Kapitalismuskritik, die das Böse im Kapitalismus bei „den Managern“ und im „Finanzkapital“ ausmacht, also Elemente innerhalb des Kapitalismus als für dessen negative Auswirkungen verantwortlich macht und das dann zurückführt auf deren grundsätzlich böartige Gesinnung. Diesem Gedankengang zufolge liegt es nahe, nicht die Aufhebung des Kapitalismus zu fordern, sondern vielmehr seine schlechten, seine falschen Auswüchse abzuschaffen und mit einem gesunden, von allen Übeln gereinigten Kapitalismus in eine goldene Zukunft zu fahren. Jene Vorstellung aber von einer Gesundung des Kapitalismus, wenn man nur die schädlichen Einflüsse in der Gesellschaft Ungeziefer gleich ausmerze, machte schon für Nationalsozialist*innen einen Großteil deren antisemitischer Ideologie aus. Wenn es auch ansonsten der politischen Differenzen genügend gibt, so lässt sich dennoch, denkt man beide Denkmuster konsequent zum Schluss, ein Berührungspunkt feststellen: die Schlussfolgerung, dass das Übel der Moderne, überhaupt des Kapitalismus das „Finanzkapital“ und seine VertreterInnen seien. Wenn beide politischen Lager aufgrund sonstiger Differenzen sicherlich nicht zueinander finden würden, betreiben sie in diesem Punkte – ob willens oder nolens volens – gemeinsame Sache.

Trotz dem oben behaupteten verbreiteten Antisemitismus in der deutschen Linken, lässt sich – ob aus dem antiimperialistischen Antifa-Spektrum, der Linkspartei oder selbsternannten Friedensbewegten – nur selten ein offenes Wort gegen Jüd*innen vernehmen. Und selbst aus der politisch Rechten wird seltener das Wort gegen die Jüd*innen erhoben – die Antisemit*innen haben gelernt, dass offener Antisemitismus gesellschaftlich geächtet ist. Demnach wird heute nicht mehr gesprochen von der „jüdischen Weltverschwörung“ oder dem „Weltjudentum“; vielmehr wissen sich Antisemit*innen über „Hochfinanz“, „das Weltgeld“ oder „die Ostküste“ über ihre Vorstellungen zu verständigen, ohne erst die Jüd*innen zu erwähnen. Darüber hinaus ist derlei Vokabular anschlussfähig an gesellschaftlich verbreitete Muster der Kritik am gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: wo Individuen davon sprechen, dass „die da oben“ die

Gesellschaft beherrschten, ist der nächste Schritt, „die da oben“ durch „die Hochfinanz“, „die Ostküste“ oder „die Israelis“ zu ersetzen, nicht mehr fern. Und so projiziert sich, was in derlei reaktionärer und verkürzter Kapitalismus an Ressentiments entsteht und was im Unterbewusstsein der Individuen vor sich geht, in deren Bewusstsein dann allzu oft unter dem Deckmäntelchen der „Israelkritik“ auf den Staat Israel. Hier fokussieren sich all jene sonst nicht artikulierbaren Ressentiments von der Allmacht des Geldes und der Herrschenden und dem Gefühl der eigenen Ohnmacht und Ausweglosigkeit auf jenen Staat, der mit alldem assoziiert wird. Wenn auch all die Antisemit*innen unter den Kritiker*innen Israels standhaft behaupten, weit entfernt von jeglichem Vorurteil gegen Jüd*innen zu sein, ist es doch kein Zufall, dass es ausgerechnet der jüdische Staat ist, auf den sich all die Vorwürfe von Weltdominanz, Störung des Weltfriedens und Destabilisierung des Nahen Ostens und des ansonsten so organischen Staatengefüges richten. So also das eigene Ressentiment in artikulierbare Bahnen gelenkt, gibt es keine Hemmnis mehr: Alle zuvor unterdrückte Aggression richtet sich gegen den Staat Israel. Und so kämpfen sie denn vereint, Islamist*innen, Rechtsextreme und linke Antizionist*innen, die reaktionäre Kapitalismuskritik mal mehr, mal weniger vermittelt über den Antizionismus, in einer Front gegen den Juden unter den Staaten.

VI. Schlussfolgerungen

Um den in Deutschland wieder stärker aufkeimenden Antisemitismus zu bekämpfen, bedarf es einer strukturierten Aufklärung. Die heute in den Schulen und in der offenen Jugendarbeit verrichtete Aufklärungsarbeit hat, dies ist schwer zu leugnen, in Teilen versagt und muss nach einer inhaltlichen und methodischen Überarbeitung den jungen Menschen, die es aufzuklären gilt, eine Plattform bieten, auf der diese, argumentativ und inhaltlich, die Möglichkeit haben, sich in ihren Gedanken zu entfalten und antisemitische Ideologien aufzudecken. Nur durch eine klare Aufklärung in Schulen und diversen anderen Institutionen kann man den Antisemitismus von Grund auf bekämpfen. Ziel dieser Aufklärungsarbeit soll es sein, dass das von Medien und hetzerischen Organisationen geschaffene antisemitische Gedankengut hinterfragt und im besten Falle eingehend kritisiert wird.

In der Arbeit gegen diese hetzerischen Organisationen sind aber auch die staatlichen Behörden in der Pflicht. Ohne eine dauerhafte Beobachtung von Organisationen, die antisemitische Tendenzen besitzen oder diese unterstützen, wird es nicht möglich sein, den Antisemitismus ein für alle Mal aus der Gesellschaft zu verbannen. Solche Organisationen müssen von staatlicher Seite aus, ohne Wenn und Aber, verboten werden. Ein konzentrierteres Vorgehen gegen sie ist notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit gegen antisemitisches Gedankengut.

Besonders hervorzuheben sind hier u. a. Vereine und Organisationen, die der Hamas nahe stehen und sich mit dieser solidarisieren. Es darf in der vermeintlich aufgeklärten BRD kein Zustand sein, dass Vereine Geld sammeln für eine antisemitische und menschenverachtende Terrororganisation. Wir sprechen uns gegen eine BRD aus, in der eine, direkte oder indirekte Unterstützung, in welcher Form auch immer, von derlei Verbrechen geduldet wird. Wir fordern daher die staatlichen Institutionen auf, sogenannte Spendenvereine stärker zu beobachten, ihnen den gemeinnützigen

Titel abzuerkennen und sie zu verbieten.

An dieser Stelle gilt es eine harte Rüge für unsere vermeintlichen Genoss*innen auszusprechen, die sich mit linken Organisationen solidarisieren, die unter der Flagge des Sozialismus gegen das Judentum wettern. Eine solche teils unterschwellige, aber teils auch offene antisemitische Haltung im linken Lager gilt es zu verurteilen und aus unseren Reihen zu verbannen. Wir fordern daher jene vermeintlich fortschrittlichen Organisationen auf, die im Rahmen der pro-palästinensischen Kundgebungen antisemitischem Gedankengut freien Raum zur Entfaltung gegeben haben, sich klar von ihren Taten zu distanzieren. Für uns steht auch in Zukunft fest: Antisemit*innen sind weder unsere Genoss*innen, noch unsere Partner*innen.

Wir stellen uns auch in Zukunft entschieden jeder antisemitischen Tendenz und Bewegung entgegen und verteidigen Freiheit und Leben der Jüd*innen auf der ganzen Welt. Diesem Zwecke widmen wir uns, wenn auch wohl wissend, dass der moderne Antisemitismus mit dem Kapitalismus Einzug in unsere Gesellschaft gefunden hat und auch nur mit diesem wieder in die Annalen der Geschichte wird verschwinden. Bis dahin aber stehen wir aufrecht gegen jede Form von Antisemitismus – shalom!